

Tschechische Widerstände.

Drahtmeldung des „Vossischen Zeitung“.

in Wien, 7. Oktober.

Der tschechische Nationalkongress, der für morgen (Dienstag) nach Prag einberufen war, und an dem auch polnische und slowakische Delegierte teilnehmen sollten, ist verschoben worden. Man will erst das Eintreffen der Antwort Wilsons abwarten. Die Eile, mit der Abg. Stanek diesen Nationalrat einberufen hatte, verursachte unter den Tschechen nicht geringe Erregung, weil zur Entscheidung gebracht werden sollte, ob die tschechischen — ebenso wie die polnischen und slowakischen — Abgeordneten noch weiter im Reichsrat erscheinen und nach dem Ausdruck der „Narodni Politika“ dort ihre kostbare Zeit vergeuden sollen. Die Verschiebung des Prager Nationaltages ist anscheinend darauf zurückzuführen, daß Meinungsverschiedenheiten unter den tschechischen Delegierten bestanden.

Die „Narodni Politika“ schreibt, die Versuche, die slowakischen Parteien zu Verhandlungen mit den Deutschen zu bringen, seien vergebens. Dies gelte auch von den letzten Vorschlägen der deutschen Sozialdemokraten auf Umänderung Oesterreichs und Bildung eines deutsch-österreichischen Staates. Das Blatt sagt: Während der deutsch-sozialdemokratische Vorschlag die Einführung der Föderalisierung mit einer teilweise gemeinsamen Vertretung fordert, streben die Slawen vorerst die Bildung starker Nationalstaaten an, die dann mit den nationalen Nachbarn die gemeinsamen Interessenfragen regeln würden. Die Anschauung in dem deutsch-sozialdemokratischen Vorschlag, daß es gelingen werde, das Ausland durch das Versprechen der Regierung zu beruhigen, daß die Beziehungen der Nationen mit dem Reich auf Grundlage der Freiheit und Autonomie aller Völker geregelt werden, ist unannehmbar, da es bei den slowakischen Vätern dieses Vertrauen nicht mehr gibt. Deshalb wird bei Tschechen nach internationalen Garantien für die vollkommene Durchführung des Selbstbestimmungsrechts gemauert. Uebrigens ist auch die österreichische Regierung nicht imstande, den durch den deutsch-sozialdemokratischen Vorschlag getragenen Umbau Oesterreichs durchzuführen, wenn auch nur ein einziges Volk hierzu seine Zustimmung verweigert. Und so gibt es leider keine Hilfe — es geht nicht.

„Narodni Politika“ irrt sich. Nach dem deutschen Zusammenfluß verweigert kein einziges Volk mehr die Zustimmung; und die Deutschen wollen jetzt genau wie die Tschechen ihre volle nationale Autonomie und erst nach deren Durchführung die Regelung der nationalen Interessenfragen. Gewiß fordern die Deutschen auch die Freiheit für die Deutsch-Böhmen. Nach dem System Wilsons werden ihnen die Tschechen das nicht unter Verzicht auf geschichtliche Landesgrenzen verweigern können.

Der „Deutsche Volksrat für Oesterreich“ hat gestern in einer zahlreich besuchten Versammlung einen Aufruf an das deutsche Volk in Oesterreich erlassen, in dem das volle uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht, der Zusammenfluß aller deutschen Parteien und die Entstehung eines selbständigen deutsch-österreichischen Staates gefordert werden. Der Aufruf weist den schmählichen Gedanken an einen Sonderfrieden zurück.